

**SCHNELLER AUSSCHAFFEN**

Thomas Würgler hat im Auftrag des Staatssekretariats für Migration

# Ex-Polizeikommandant sagt, wie man Asylbewerber härter anpacken kann

SOPHIE REINHARDT

In Müllheim TG und Wigoltingen TG zogen im letzten Dezember vermehrt Diebe durch die Strassen. In der Nacht brachen sie in Autos, Garagen und Häuser ein. Es zeigte sich: **Bei den Tätern handelte es sich um eine kleine Gruppe Asylsuchender.** Sie stammen aus Algerien, Tunesien und Marokko und sollen in Bundesasylzentren untergebracht sein. Die Thurgauer Kantonspolizei konnte noch in derselben Nacht zwei Tatverdächtige festnehmen.

Auch das Bundesamt für Migration (SEM) hat vergangenes Jahr festgestellt, dass sich Delikte von Asylsuchenden häufen – und hat reagiert: Die SEM-Chefin Christine Schraner Burgener (60) hat Thomas Würgler (69) damit beauftragt, Empfehlungen auszuarbeiten, **wie straffälligen Asylsuchenden besser die Stirn geboten werden kann.** Würgler kennt sich mit Straftätern aus. Er war elf Jahre lang Kommandant der Zürcher Kantonspolizei.

Blick hat unter Berufung auf das Öffentlichkeitsgesetz Einsicht in das Würgler-Papier erhalten. Darin bestätigt der Jurist, dass «wenige straffällige Intensivtäter», meist aus dem Maghreb, Sicherheitsprobleme in und um die Bundesasylzentren verursachen. Gleichzeitig würden nur wenige straffällige, abgewiesene Asylsuchende in Haft genommen – und die Haftplätze für abgewiesene Asylsuchende waren vergangenes Jahr nur etwa zur Hälfte belegt, wie auch der zuständige Justizminister Beat Jans (59) Anfang Woche sagte. Laut dem Zürcher Justizexperten Würgler begeht die kleine Gruppe krimineller Asylsuchender eine Vielzahl von Bagatelldelikten wie zum Beispiel Fahrzeuginbrüche, La-

dendiebstähle oder Körperverletzungen. Für die einzelnen Straftaten landen sie jedoch nicht hinter Gittern, sondern werden nach der Einvernahme bei der Polizei oft wieder entlassen.

Dies passiert auch, weil in gewissen Kantonen die Justiz überlastet ist und sich die Dossiers bei der Staatsanwaltschaft türmen. **So kann es teils monatelang dauern, bis die Dossiers bearbeitet werden.** In der Zwischenzeit hat der Täter allenfalls schon weitere Verbrechen begangen oder ist längst abgetaucht.

Würgler propagiert deshalb neben den bereits verstärkten Polizeimassnahmen um die Asylheime eine engere Zusammenarbeit der Behörden. Das Vorbild ist dabei der Kanton Bern. Die Berner Staatsanwaltschaft erfährt dort, wenn ein Asylsuchender mehrmals delinquent war. **In diesem Fall können sich die Behörden gleich beim SEM und der kantonalen Migrationsbehörde erkundigen, wie es um das Asylgesuch des Betroffenen steht.** Ist dieses abgelehnt worden, kann er direkt in Ausschaffungshaft verlegt werden, sofern nicht beispielsweise sein Gesundheits-

dagegen spricht. Laut Experten ist dies ein vielversprechender Weg, um die Intensivtäter auszuschaffen. Damit Intensivtäter auch in den anderen Regionen nicht einfach wieder auf freiem Fuss gesetzt werden, emp-

**Asylwesen in Zahlen**

**30 223**

Personen haben 2023 in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt. Für 2024 rechnet das Staatssekretariat für Migration ebenfalls mit rund 30 000 Asylgesuchen.

**108**

Personen wurden 2023 dem Zentrum für rentente Asylbewerber in Les Verrières NE zugewiesen.

**7**

Asylbewerber waren durchschnittlich in Les Verrières untergebracht – bei einer Kapazität von 10 Personen.

**2,6 Mrd**

Franken betragen die Gesamtausgaben des Bundesamts für Migration 2022.



**«Es sind wenige Intensivtäter, meist aus dem Maghreb.»**

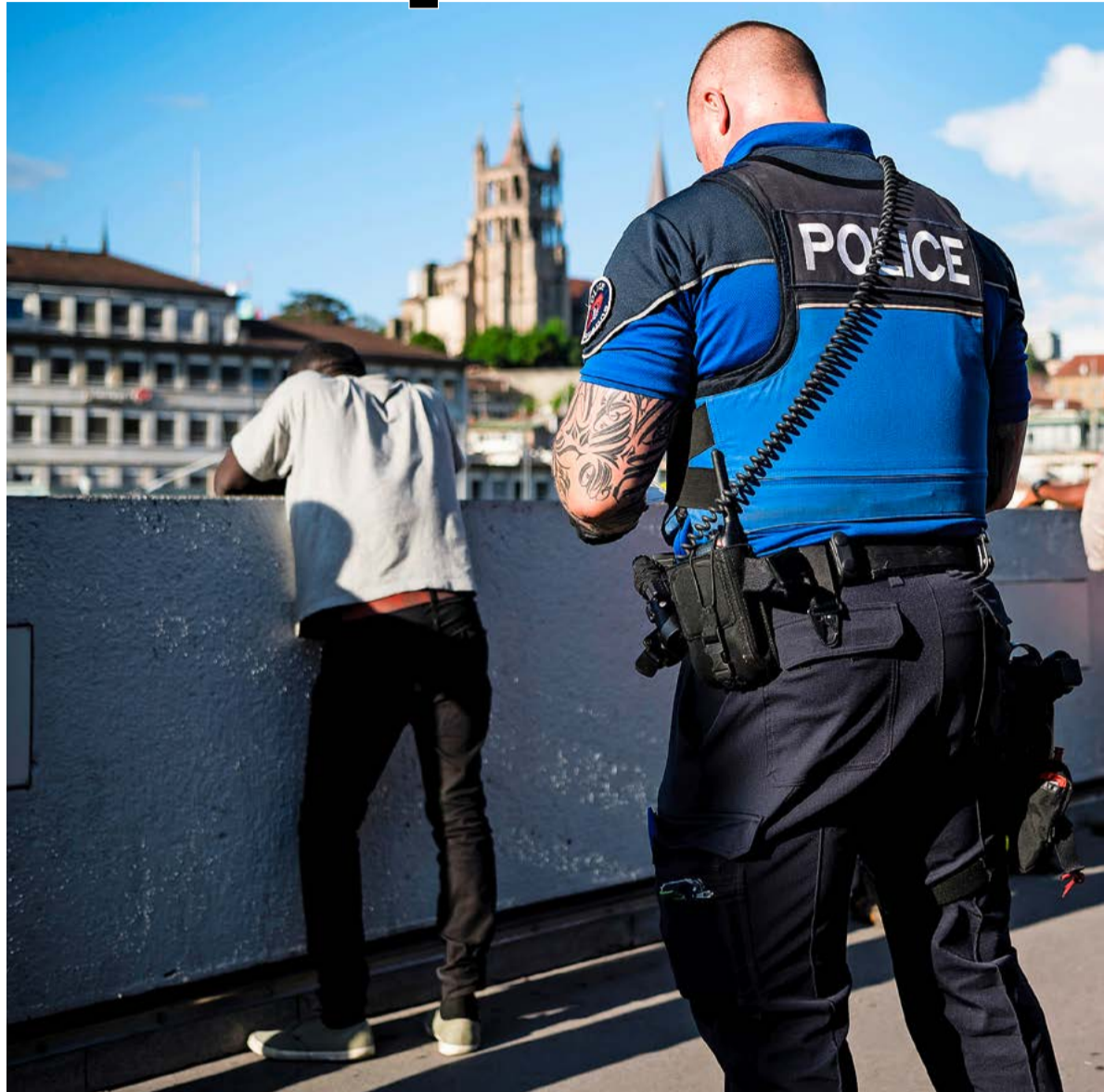
Thomas Würgler, ehemaliger Polizeikommandant

fehlt Würgler, die Berner Methode schweizweit einzuführen. **Und dabei hat er die volle Unterstützung des zuständigen SP-Bundesrats Jans.** Bei seinem Auftritt vor den Medien im Tessin versprach er, konsequent gegen problematische Asylsuchende vorgehen zu wollen. Jedoch liegt es in der Verantwortung der kantonalen Behörden, ob und wie sie das wirklich tun wollen. Jans versucht, die Kantone an runden Tischen zum Mitmachen zu bewegen.

Der Bund kann die Kantone nicht zwingen, ein Vergleich der Kantone dürfte aber in einigen Monaten zeigen, wer vorwärtsmacht und wer eher zurückhaltend ist bei Inhaftierungen und Ausschaffungen. Der Druck aus der Öffentlichkeit dürfte in den weniger forschenden Kantonen dann gross werden.



Die oberste Asylchefin, Christine Schraner Burgener, hat den Bericht in Auftrag gegeben.



## Nach 50 Tagen im Amt hat der neue SP-Bundesrat bereit Was taugen die Asylmassnahmen

Der neue Asylminister Beat Jans (59) will nicht nur kriminellen Asylsuchenden das Handwerk legen. Er plant drei weitere Massnahmen, um das Asylwesen zu entlasten. Blick sagt, wie sie funktionieren und was sie taugen dürften.

**24-Stunden-Verfahren**

Asylgesuche aus Staaten, aus denen weniger als 1 Prozent Asyl bekommen (hauptsächlich Nordafrika), sollen innert 24 Stunden behandelt werden. Die Schnellverfahren wurden bereits im Bundesasylzentrum Zürich getestet. **Das Ergebnis: Die Anzahl Gesuche sank um 42 Prozent.** Das Asylwesen lässt sich so entlasten. Nach Ostern sollen die Verfahren daher in allen Asylzentren einge-

führt werden. Das kann das SEM in eigener Kompetenz tun.

**Motivationschreiben**

Jans will, dass Asylsuchende, die kaum eine Chance auf Asyl haben, ihr Gesuch gleich zu Anfang schriftlich begründen müssen. Das soll, wie die 24-Stunden-Verfahren, abschreckend wirken. **Erfahrungen, ob das klappt, gibt es nicht.** Und bis das eingeführt würde, wird es dauern: Denn dafür muss das Asylgesetz angepasst werden. Jans muss also erst im Bundesrat und dann im Parlament eine Mehrheit dafür bekommen. Und allenfalls eine Volksabstimmung gewinnen. Es ist denkbar, dass Asylorganisationen das Referendum ergreifen.

**Neue Öffnungszeiten**

Jans will, dass Asylgesuche nur noch zu Bürozeiten gestellt werden können. Damit soll verhindert werden, dass Migranten die Asylzentren als «Bed and Breakfast» missbrauchen. Offenbar nutzten einige die Zentren an Wochenenden als Gratis Schlafstelle, obwohl sie nie im Sinn hatten, Asyl zu beantragen. Und weil am Wochenende keine Fingerabdrücke genommen werden, hat das prima geklappt. **Doch dieser Trick belastet erstens die Asylzentren und zieht zweitens Kriminelle an,** die sich nach Beutezügen auf Volksfesten oder im Ausgang in Sicherheit ausschlagen können.

Bevor Jans das einführen kann, muss er prüfen, ob es eine

# Horwer müssen sich durch 192-Seiten-Abstimmung

Sechs Tonnen Altpapier wegen kommunalem Urnengang



Die Abstimmungsunterlagen der Gemeinde Horw.

Dicke Post für die Einwohnenden der Gemeinde Horw LU: Für die kommunale Abstimmung am 3. März haben die Stimmberechtigten fast 200 Seiten Unterlagen erhalten. **Die Materie ist eher trocken. Abgestimmt wird über die Teilrevision der Ortsplanung.**

Bei einigen Horwern sorgt das für brummende Köpfe – und Ärger. Die «Luzerner Zeitung» hat Leserbriefe erhalten. Darin beschwerten sich Einwohner-

de über das «Juristendeutsch» und das Übermass an Informationen. Es seien auch ein Brief und einige E-Mails bei der Gemeinde eingegangen, sagt Christian Volken, Kommunikationsbeauftragter der Gemeinde Horw.

Nebst der Entscheidung an der Urne wird am Ende auch ein grosser Berg Altpapier übrig bleiben. **Laut Volken wiegt das Abstimmungscouvert wuchtige 575 Gramm. Es wurde an 10 386 Einwohnende in der Gemeinde verschickt.** Das gibt über den Daumen gepeilt

rund sechs Tonnen Abfall. Bauvorsteher Thomas Zemp (55) erklärt die Papier Schlacht in der «Luzerner Zeitung» wie folgt: Der Leitfaden des Kantons Luzern schreibe vor, dass die Unterlagen vollständig verschickt werden müssen. Bei einer kürzeren Botschaft könnten Stimmberechtigten drohen, in denen unvollständige Informationen beklagt werden. «Dieses Risiko und damit Verzögerungen wollen wir auf keinen Fall eingehen», so Zemp.

Kantonsrat Gaudenz Zemp (61) will diese Vorschrift überprüfen lassen und hat darum am vergangenen Dienstag eine Anfrage an die Luzerner Regierung eingereicht. **«Ich möchte gerne geklärt haben, wie man das Gesetz reformieren könnte, damit wir das nicht noch einmal erleben müssen»,** sagt er.

In der Gemeinde habe das Dossier für rege Diskussionen gesorgt: «Es ist ein grosses Thema in Horw. Alle fragen sich, wie man mit dieser Unmenge an Informationen umzugehen hat», so Zemp. Die Komplexität der Unterlagen

führe zu Verunsicherung und Verdrossenheit. «Das sind schlechte Voraussetzungen, um über eine Vorlage abzustimmen. Dann sagt man auch schnell mal trotzig Nein oder stimmt gar nicht erst ab.»

Andere Gemeinden im Kanton dürften sich auf ähnlich dicke Couverts gefasst machen. Aktuell revidieren die Luzerner Gemeinden ihre Ortsplanungen, da sich die übergeordneten Vorgaben vom Bund und Kanton verändert haben.

Auch in Zürich hat die Post vor den Urnengängen im ver-

**NEWS**

# Empfehlungen ausgearbeitet an kriminelle n

**Durchgreifen**  
Im Bericht stehen Vorschläge, wie man Straftäter mit negativem Asylbericht schneller ausschaffen könnte.



# erste Pflöcke eingeschlagen en von Beat Jans?



Bundesrat Beat Jans beim Besuch eines Asylzentrums in Basel.

gesetzliche Grundlage dafür gibt. In seinem Departement ist man allerdings überzeugt, das in Eigenregie mit einer Anpassung der Verordnung einführen zu können. Das dauert mindes-

tens sechs Monate. Alleinreisende Frauen, Minderjährige und alte oder kranke Migranten sollen aber weiterhin am Wochenende aufgenommen werden.

SERMİN FAKI

# ngsbuch kämpfen

gangenen November für Diskussionen gesorgt. Ein Postulat von den FDP-Gemeinderäten Flurin Capaul (45) und Jehuda Spielmann (28) schlägt vor, dass Zürcherinnen und Zürcher die Unterlagen über städtische Abstimmungen einfach abstellen können. Die meisten Bürger würden sich ohnehin über digitale Kanäle informieren, argumentieren die Gemeinderäte im Vorstoss. Eine Mehrheit des Stadtparlaments hat dem zugestimmt und den Vorstoss an den Stadtrat weitergegeben.

CÉLINE ZAHNO



FDP-Kantonsrat Gaudenz Zemp.

## Nestlé-Chef kassiert 11,2 Millionen Franken

**Vevey VD** – Der Nestlé-Konzern und dessen Chef Mark Schneider schauen zufrieden auf das vergangene Geschäftsjahr. Der Lebensmittelgigant hat einen Gewinn von 11,2 Milliarden Franken erwirtschaftet, 20,9 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Besonders gegen Jahresende konnte der Konzern markant zulegen. Zuvor war die Menge an verkauften Produkten in fünf Quartalen in Folge geschrumpft. Vom Geschäftserfolg profitiert auch Chef Schneider. Seine Entlohnung beträgt 11,2 Millionen Franken. Das ist eine knappe Million mehr als im Jahr zuvor.

## Debitkarte wird am meisten genutzt

**Zürich** – Die Debitkarte war 2023 wieder das wichtigste Zahlungsmittel in der Schweiz, wie eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) ermittelt hat. Fast jede dritte Transaktion erfolgt mit der Karte. Bargeldzahlungen gingen erstmals seit der Covid-19-Pandemie 2020 zurück und machen neu 25 Prozent der Transaktionen aus. Dahinter folgen Zahlungen mit mobilen Geräten wie Handy, Tablet oder der Smartwatch.

## Mutter durfte Leiche von Nawalny sehen

**Moskau** – Die Mutter des in einem Straflager gestorbenen Kreml-Kritikers Alexei Nawalny († 47) hat endlich Zugang zu seiner Leiche erhalten. Sie habe den Körper zu sehen, aber nicht ausgehändigt bekommen, teilte Ljudmila Nawalnaja (69) gestern mit. Sie forderte erneut, dass ihr der Leichnam ausgehändigt werde, damit sie ihn beerdigen könne. Sie wirft dem Machtapparat vor, ihren Sohn heimlich unter die Erde bringen zu wollen.

## BÖRSEN & DEWISEN

SMI	11386.2 (-0.4%)	↘
DOW JONES	39069.1 (+1.2%)	↗
EURO/CHF	0.95	→
USD/CHF	0.88	→
GOLD	57304 Fr./kg	↗
ERDÖL	83.62 \$/Fass	↗

# Klimafonds-Initiative steht nicht im Regen

## SP und Grüne haben 130 000 Unterschriften eingereicht

Mit Mitteln aus einem Klimafonds sollen künftig mehr Solarpanels gebaut, Gebäudesanierungen vorangetrieben, der ÖV ausgebaut und der Erhalt von Lebensräumen und der Artenvielfalt gefördert werden. SP und Grüne haben eine entsprechende Volksinitiative eingereicht.

Gemäss Angaben der beiden Parteien wurden gestern knapp 130 000 Unterschriften der Bundeskanzlei übergeben. Davon seien rund 105 000 gültig. Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» wird von einer Allianz von Umweltorganisationen und Gewerkschaften unterstützt.

Das Begehren will Bund, Kantone und Gemeinden verpflichten, die vom Menschen verursachte Klimaerwärmung



Viola Amherd, Albert Rösti, Guy Parmelin und Beat Jans haben einen BMW i7 xDrive60 als Dienstwagen.

# Bundesräte fahren auf E-Limousinen und BMW ab

## Die elektrisierte Regierung

Das Bundesratsamt bringt einige Privilegien mit sich. Den Regierungsmitgliedern stehen nämlich gleich zwei Fahrzeuge zur Verfügung. Eines mit Chauffeur, das Repräsentationsfahrzeug. Und eines einfach für sie selbst, ihr persönliches Dienstfahrzeug.

Bei den Repräsentationswagen, mit denen Bundesrätinnen und Bundesräte oftmals bei offiziellen Anlässen vorfahren oder sich von zu Hause abholen lassen, dominieren schwarze Limousinen. Fünf Regierungsmitglieder setzten dabei auf einen BMW und eines auf einen Mercedes, wie die neuste Auto-Liste zeigt, die Blick vorliegt.

SP-Neuling Beat Jans (59), Mitte-Verteidigungsministerin Viola Amherd (61) sowie die beiden SVP-Magistrate Guy Parmelin (64) und Albert Rösti (56) lassen sich allesamt in einem BMW i7 xDrive60 herumkutschieren. Eine elektrisch betriebene Luxuskarosse. Der Bund hat sich die Wagen vergangenes Jahr neu angeschafft.

Auf einen BMW 745Le xDrive Plug-in-Hybrid setzen FDP-Aussenminister Ignazio Cassis (62) und der neue GLP-Bundeskanzler Viktor Rossi (55).

SP-Sozialministerin Elisabeth Baume-Schneider (60) hingegen lässt sich in einem Mercedes EQV chauffieren. Ein E-Minibus mit bis zu acht Sitzplätzen, sodass auch ihre Mitarbeitenden Platz darin finden, damit sie während der Fahrt arbeiten kann.



Die Bundesräte setzen auf Stromer.

FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter (60) – ganz die Sparfüchsin – verzichtet auf ein fix zugewiesenes Repräsentationsfahrzeug des Bundes. «Bei Bedarf setzt sie ein ziviles Unternehmen ein, das Fahrer und Fahrzeug stellt», heisst es beim Bund. Das dafür eingesetzte Fahrzeug ist derzeit ein Mercedes S500 4Matic mit Jahrgang 2014. Ein allfälliger Ersatz sei derzeit in Abklärung.

Damit sind fast alle Repräsentationsfahrzeuge elektrisch oder zumindest hybrid unterwegs. Das ist auch das erklärte Ziel des Bundes. Die für die Beschaffung zuständige Armatisuisse kauft nur noch rein elektrisch betriebene Fahrzeuge als Repräsentationsfahrzeuge ein.

2021 hat Verteidigungsministerin Amherd nämlich die Weisung erlassen, dass sich die Bundesverwaltung nur noch elektrisch betriebene Autos zulegen darf. Das Ziel ist, dass der Bund mit gutem Vorbild vorangeht und bis 2030 klimaneutral wird. Nur in begründeten Fällen dürfen noch Autos mit Verbrennungsmotor beschafft werden. Neben einem offiziellen Wagen

haben die Bundesräte auch Anrecht auf ein persönliches Dienstfahrzeug. Hier ist die Markenpalette bunter.

War Amherd seit 2019 mit einem schwarzen Lexus UX 250h AWD Excellence unterwegs, so fährt sie nun neu einen schwedischen Volvo XC40 Recharge. Ein schnittiges Elektroauto, für das sich vergangenes Jahr auch Baume-Schneider entschieden

hat.

Mit Jahrgang 2013 deutlich älter sind die persönlichen Fahrzeuge von Cassis und Parmelin. Der Tessiner setzt auch hier auf einen BMW – den Typ 320d xDrive. Cassis ist entsprechend noch mit einem Verbrennungsmotor unterwegs, wenn auch mit einem eher sparsamen. Auch der Waadtländer Parmelin fährt mit einem japanischen Mazda 6 einen Wagen mit Verbrennungsmotor. Was bei ihm auffällt, ist die Farbwahl: Rot.

SVP-Mann Rösti sowie FDP-Frau Keller-Sutter nutzen weiterhin ihre eigenen Privatwagen. Der Berner fährt einen Volvo S90 und die St. Gallerin einen englischen Mini. SP-Justizminister Jans verzichtet auf einen persönlichen Dienstwagen.

Auffällig: Auch wenn die Bundesräte frei wählen dürfen – einen Lamborghini oder Ferrari fährt niemand. Wohl auch, weil 0,9 Prozent des Kaufpreises des privaten Fahrzeugs jeden Monat auf dem Lohnausweis als «Privatanteil Geschäfts-wagen» verrechnet werden.

RUEDI STUDER



SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer präsentiert die Unterschriften.

und zwar jährlich und bis 2050 mit 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dies entspricht einem Betrag zwischen 3,5 und 7 Milliarden Franken. Der Beitrag des Bundes an den Fonds kann laut Initiativtext «angemessen gesenkt» werden, wenn die Schweiz die nationalen und internationalen Klimaziele erreicht hat.

Unterstützen soll der Bund mit dem Geld Projekte für die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft. Beispielsweise kann das der Ersatz von Heizungen mit fossilen Brennstoffen sein.

Weiter sollen Projekte für sparsamen und effizienten Energieverbrauch, die sichere Versorgung und den Ausbau der erneuerbaren Energien Geld aus dem Fonds erhalten. Die Mittel können auch für mit Klimaprojekten verbundene Aus- und Weiterbildung sowie Umschulungen eingesetzt werden.

Der Fonds oder vom Bund beauftragte Dritte sollen zudem Kredite, Garantien und Bürgschaften gewähren können. Einzelheiten dazu müssen gemäss dem neu vorgeschlagenen Verfassungsentwurf auf Gesetzes-ebene geregelt werden.

Fotos Keystone, Kapo Zürich